

„1968“ und die externalisierte Revolution*

Karl-Siegbert Rehberg

Beitrag zur Veranstaltung »Soziologische Revolutionen – Revolution in der Soziologie« der AG Soziologiegeschichte

1 Generationenkonflikt als Problemkatalysator

„1968“ – kaum einer anderen Jahreszahl kommt in der Geschichte der Bundesrepublik ein derart symbolischer und ikonischer Status zu, keine ist so besetzt mit Mythen, Assoziationen, Vorurteilen und Emotionen, seit einigen Jahren auch in einer Negativ-Formel wiedererscheinend, wenn bei den Rechtspopulisten etwa in Dresden von den „links-grün versifften 68ern“ aus dem Westen gesprochen wird, die den ordnungsbewussten Osten zersetzten. Angesichts des diesjährigen Gedenkens an die 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse waren medial die damaligen Parolen und Bilder derart allgegenwärtig, dass die Schlüsselereignisse hier nicht näher beschrieben werden müssen, so dass eine Skizze dieser „Kulturrevolution“ genügen mag. „1968“ repräsentiert eine Verdichtung von Ereignissen, welche zurückverweisen auf Konfliktverschärfungen seit den 1950er Jahren, beginnend mit dem *Civil Rights Movement* zur Aufhebung der Apartheid in der rassistisch gespaltenen US-Gesellschaft. Diese Proteste sprangen auch auf die Universitäten über. So wurde 1964 durch die von der Universitätsleitung forcierte Auseinandersetzung mit dem *Free Speech Movement* die University of California Berkeley zu einem Zentrum des Protestes. Die dort entwickelten Aktionsformen wurden zum Vorbild für die Ausprägung der Universitätskonflikte auch in anderen Ländern. Was man die Studentenrevolte nennt, wurde durch den Protest gegen den Vietnamkrieg internationalisiert und zugleich in unterschiedlichen Ländern zum Katalysator für Auseinandersetzungen innerhalb jeweils spezifischer nationaler Konfliktlagen (vgl. Frei 2008).

Auch sollte man einen anderen Hintergrund für die Irritierung der bürgerlichen Ordnung durch die gegenkulturelle Jugendbewegung der Hippies nicht vergessen, deren erlebnis- und gefühlsgeleitetes Ziel „eine antiautoritäre und enthierarchisierte Welt- und Wertordnung ohne Klassenunterschiede, Leistungsnormen, Unterdrückung, Grausamkeit und Kriege“ war (Hollstein 1981, S.50). Was die Bundesrepublik Deutschland angeht, beruhte „68“ übrigens keineswegs – wie Dan Diner (1993, S.117–167) meinte – auf der Wiederkehr eines chronischen Antiamerikanismus, sondern war Ausdruck eines

* Martin Siebert ist für seine kenntnisreiche Mitarbeit zu danken. Der Text basiert auf dem Vortrag in der Sitzung der AG Soziologiegeschichte – „Soziologische Revolutionen – Revolution in der Soziologie“ beim 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2018 in Göttingen.

durch die Westbindung eröffneten kollektiven Lernprozesses, in dem die Enttäuschung über das bewunderte Land der Freiheit sich Bahn brach.

2 Deutsche Doppelflucht aus der Geschichte

Mit der Schaffung zweier deutscher Staaten im Jahre 1949 kam es wegen der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen des NS-Staates zu einer ungleichen Doppelflucht aus der geschichtlichen Kontinuität: In der BRD war es die „Westbindung“, die den neugebildeten Staat aus der internationalen Isolation befreien sollte und zwar zuerst durch die von Konrad Adenauer durchgesetzte politische, dann auch militärische Integration in westliche Bündnissysteme. Dem folgte eine, die Gesellschaft langfristig viel tiefer verändernde *kulturelle* Westbindung, die anfangs besonders durch die, von Heinz Bude (2018) erneut treffend beschriebene, Nachkriegsgeneration und Gruppen vollzogen wurde, welche oft zur Adenauer-Politik, vor allem zur deutschen Wiederbewaffnung, in Opposition gestanden hatten. In der DDR kam es demgegenüber nicht zu einer vergleichbaren ‚Ostbindung‘, vielmehr zu einer Flucht in die Geschichtsphilosophie, welche dem „besseren Deutschland“ einen legitimen Ort in der Emanzipationsgeschichte der Menschheit einräumen sollte und die Naziverbrechen zugleich den „Militaristen und Revanchisten“ im Westen zuschieben konnte (Rehberg 2002).

Übrigens war das Symboljahr „1968“ mit einer tiefen Differenz Erfahrung der Menschen in der westlichen Bundesrepublik auf der einen und der östlichen Deutschen Demokratischen Republik auf der anderen Seite des „Eisernen Vorhanges“ verbunden: Der „Pariser Mai“ wurde zum Ermutigungszeichen der bundesdeutschen Studentenbewegung. Auf der Seite des Ostblocks bezeichnete „1968“ hingegen vor allem die Reformversuche des „Prager Frühlings“ und dessen Niederwerfung durch die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes. Es war dies das Gegenteil von gesellschaftlichem Aufbruch, nämlich für Viele der Zusammenbruch jeder Hoffnung auf eine Reformierbarkeit des Staatssozialismus innerhalb der sowjetischen Hegemonie.

3 Gesellschaft des Bruchs

Die Bundesrepublik erwies sich dabei als Gesellschaft des Bruchs und der Selbstbezweifelung, anders als Gesellschaften, die von einer fiktiven Kontinuität ausgehen, wie etwa Italien, wo der Faschismus Mussolinis auch nach dessen Scheitern nur als eine der vielen Machtkonstellationen seit der Herrschaft des antiken Rom heruntergespielt wird. In Westdeutschland hingegen fürchteten breite Kreise – bis in die liberalen oberen Mittelschichten und bis in die 1960er Jahre hinein –, dass der „Schoß“, aus dem die Nazis gekrochen waren, noch „fruchtbar“ sei, um an eine Formulierung Bertold Brechts (1967, S.1834) zu erinnern. Anlässe dazu fanden sich in der von Adenauer durchgesetzten Wiederbewaffnung, mehr noch in den von Franz Josef Strauß forcierten Plänen zur Atombewaffnung der Bundeswehr und 1962 in dem damit zusammenhängenden skandalösen Eingriff in die Pressefreiheit, der zur „Spiegel-Affäre“ wurde. Sodann waren es die von der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger geplanten verfassungsändernden Notstandsgesetze, welche sogar von liberalen CDU-Anhängern scharf kritisiert wurden. Sie schürten die Furcht vor einem Wiedererstarken antidemokratischer Kräfte im Staat und verschafften der Studentenbewegung zeitweise breitere Sympathie und Zustimmung, selbst wenn für die meisten deren Hauptparolen fremd, zuweilen befremdlich blieben.

4 Das Ende des „kommunikativen Beschweigens“

Die vielleicht wichtigste, auf die deutsche Geschichte bezogene Konfliktaufladung lag damals in der Anprangerung der vielfältigen personalen Kontinuitäten zwischen dem Hitlerstaat und der jungen BRD. Längst waren Symbolfiguren wie Hans Globke als Chef des Bundeskanzleramtes, der die Nürnberger Rassengesetze kommentiert hatte, oder auch die Fortsetzung der meisten Karrieren in der Justiz öffentlich angeprangert worden. Dann wurde Kurt Georg Kiesinger, der als ehemaliges NSDAP-Mitglied Kanzler der Großen Koalition geworden war, angeprangert durch die ihm im November 1968 öffentlich verabreichte Ohrfeige von Beate Klarsfeld (die ihr in einem „Schnellverfahren“ [!] immerhin eine Verurteilung zu einer einjährigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung einbrachte, welche später auf vier Monate mit Bewährung reduziert wurde).

Da die Universitäten den protestierenden Studierenden zum Aktionsfeld und man könnte sagen: zum stellvertretenden Weltmodell wurden, kam es in diesem Zusammenhang auch zur öffentlichen Bloßstellung von Professoren, die bereits im „Dritten Reich“ gewirkt hatten, so dass mancher von diesen sich mit beschämenden, oft durchaus auch pauschalen, Enthüllungen konfrontiert sah. Das gab den inneruniversitären Konflikten eine moralische Sprengkraft, wenngleich es auch noch Jahrzehnte dauern sollte, bis dieses Thema – zumeist doch nach der Emeritierung oder dem Tode der Inkriminierten – derart durchdrang, dass die braunen Karrieren nicht nur in engagierten Gegenpublikationen, sondern schließlich sogar in Festschriften in die Eigengeschichte der Universitäten einbezogen wurden, oft allerdings nur dadurch, dass selten der Täter, nun wenigstens aber der aus der Universität zumeist rassistisch begründet Vertriebenen gedacht wurde, so etwa in einer Festschrift der RWTH Aachen (Habetha 1995).

Nicht nur gegen die Überschätzung der kausalen Wirkungen der 68er-Bewegung auf die Liberalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, sondern ganz speziell auch gegen die These von diesem Generationskonflikt um die Rolle der Elterngeneration im Nationalsozialismus, hat die Historikerin Christina von Hodenberg (2018) in einer interessanten Studie ein „anderes Achtundsechzig“ ins Spiel zu bringen versucht. Mit Rückgriff vor allem auf die „Bonner Längsschnittstudie des Alters“ (BOLSA)¹ belegt sie, dass viele Veränderungen, die der Studentenrevolte nachträglich zugeschrieben wurden, nur auf der medienwirksamen Verallgemeinerung einzelner Auseinandersetzungen beruhten. Zwar ist ihr zuzustimmen, dass nicht in jeder Familie, selbst mit links orientierten oder sich in wenigen Jahren vielleicht radikalisiert habenden Studierenden häusliche Tribunale über die Väter stattfanden und dass ein vollständiger Bruch zwischen den Generationen, wie das beispielsweise im Fall von Hannes Heer, diesem ‚Bonner Dutschke‘, stimmen mochte, eher atypisch war. Erst recht war das Spiegel-Titelbild eine Ausnahme, das ein Foto des Vaters eines dort beschäftigten Reporters mit der handschriftlichen Eintragung „Mein Vater, der Mörder“ in Millionenaufgabe zeigte (vgl. Hodenberg 2018, S.45 u. 73). Und doch hatte „1968“ einen wichtigen Anteil am Ende des „kommunikativen Beschweigens“, in welchem der Philosoph Hermann Lübbe (2007) eine der Grundlagen für das Gelingen der Demokratisierung der Bundesrepublik gesehen hat.²

¹ Es war dies eine von den Psycholog/innen Hans Thomae und Ursula Lehr durchgeführte und von der VW-Stiftung großzügig ausgestattete Studie.

² Zuerst sah ich in Hermann Lübbes These eine empörende Rechtfertigung für die vielen NS-Karrierekontinuitäten in der BRD, bald aber auch, besonders nach dem Zusammenbruch der DDR, dass er – moralisch wenig befriedigend – wohl recht hatte.

Vor diesem Hintergrund schockierte die Anprangerung der braunen Karrieren die Öffentlichkeit, ermöglichte aber auch die durchschlagende Wirkung der 1967 während der Hamburger Immatrikulationsfeier präsentierten Parole „Unter den Talaren, Muff von 1000 [!] Jahren“, welche – ohne dass es irgendeine Vorschrift dafür gegeben hätte – in wenigen Monaten die feierlichen, pseudo-mittelalterlichen Ritualgewänder fast überall in die Kleiderkammern verbannte.

Und doch blieben die offenen Brüskierungen und Autoritätsbezweifelungen im familialen wie im universitären Raum zumeist nur angedeutet oder halb entschlossen. Man denke nur daran, dass ausgerechnet Historiker der aufgeklärten Bielefelder Schule lange brauchten, bis sie erst 1998 beim 42. Deutschen Historikertag in Frankfurt a.M. in großer Verwirrung die NS-Verstrickungen ihrer Lehrer – wie Otto Brunner, Theodor Schieder oder Werner Conze – öffentlich eingestehen mussten (vgl. Ullrich 1998; Kocka 1998). Dem Einspruch, wonach ein „anderes 68“ die gesellschaftliche Alltagswelt ausgemacht habe, ist zuzustimmen, aber es wäre dies eine Korrektur des Geschichtsbildes nur dann, wenn man davon ausginge, dass alle gesellschaftlichen Veränderungen, die in einem Jahrzehnt sich vollzogen haben, *kausal* den Aktionen der Studenten zuzuschreiben wären (ich sage hier nicht „Studierende“, weil die Männer dominierend waren, obwohl sich der Widerstand der Frauen dagegen, etwa im SDS-Weiberrat, langsam herausbildete und den neuen Feminismus vorbereiten sollte).

Erst recht kann die Liberalisierung eines ganzen Landes nicht allein den etwa tausend führenden Aktivisten zugeschrieben werden. Aber ohne die durch diese Bewegung ausgelösten Resonanzen wäre es zu vielen Veränderungen so bald nicht gekommen – etwa wurde die Ablösung der Ordinarienuniversität durch eine Gruppenuniversität (wenn auch mit verfassungsgerichtlich vorgeschriebener Professorendominanz) durch die studentischen Angriffe auf deren ständische Privilegierung möglich, während es dann vor allem der „Mittelbau“ war, der im Zusammenspiel mit der neuen Reformpolitik diese institutionelle Veränderung durchgesetzt hat (Rehberg 2018).

Interessant übrigens, dass es 1968 einen universitätspolitischen Gleichklang zwischen BRD und DDR gab: dort nämlich kam es unter dem Titel „Arbeiterklasse und Intelligenz“, zu dem Werner Tübke auch ein gleichnamiges Gemälde beisteuerte (Beaucamp 1985; Rehberg 2003 u. 2009), zur dritten Hochschulreform, welche die letzten Reste der „bürgerlichen Universität“ beseitigen sollte. Im Westen traten an die Stelle der Fakultäten „Fachbereiche“, im Osten waren es unter Aufhebung der Institute „Sektionen“.

5 Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt

Wenn man daran denkt, dass sich 1922 der Dritte Deutsche Soziologentag in Jena mit dem „Wesen der Revolution“ befasst hatte³, allerdings nur zu (mir zögerlich-tastend vorkommenden) Versuchen einer soziologischen Deutung vordrang, ist das verwunderlich, weil angesichts der russischen Umsturzversuche seit 1905 und schließlich der Oktoberrevolution oder der fast parallelen Ausrufung zweier entgegengesetzter Republiken in Berlin nach der Abdankung Wilhelm II. am 9. November 1918 Revolutionen damals tatsächlich doch aktuell waren, während in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine diskursive, ja man könnte sagen: modische Präsenz von „Revolution“ in den „reichen Ländern“ jede Aktualität verloren zu haben schien. Es waren jedoch die antikolonialen Befreiungskämpfe, welche etwa ein

³ Vgl. Nicole Holzhausers Beitrag „Das Wesen der Revolution und die Soziologie der Revolution – Beiträge vom deutschen Soziologentag 1922“ in der Sitzung der AG Soziologiegeschichte – „Soziologische Revolutionen – Revolution in der Soziologie“ beim 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2018 in Göttingen.

Buch wie Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* (1969) vor allem durch das Vorwort Jean-Paul Sartres zu einem „neuen kommunistischen Manifest“ werden ließen. Dazu passte Herbert Marcuses Suche nach neuen Trägern revolutionärer Energie, die er in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gefunden hatte, dann aber vor allem durch die Befreiungsbewegungen der sogenannten „Dritten Welt“ erhoffte, indem die in vielen Erdteilen entfachten Brandherde kriegerischer Auflehnung gegen den Kolonialismus ein Überspringen von der „Peripherie“ in die Zentren des Kapitalismus möglich erscheinen ließen. Diese Suche nach dem revolutionären „Subjekt“ wurde durch den Vietnamkrieg gebündelt, da dieser von den USA nach der Niederlage der französischen Kolonialmacht in Indochina als weltweiter Ideologie- und Großmachtkrieg fortgesetzt wurde.

Aber Fanons Buch war mehr als nur ein Lehrstück aus dem Algerienkrieg, vielmehr eine radikale Absage an die Kultur der Kolonialherren und eine Apologie für eine unverzichtbare, man könnte sagen: sich selbst säubernde Gewaltsamkeit. Der in Algerien tätige Arzt und Untergrundkämpfer sah sehr wohl die Gefahr, dass mit dem Sieg über die Kolonialmacht Unterdrückung, Korruption und Ausbeutung nicht schon aufgehoben seien. Diejenigen Politiker aus den eigenen Reihen, die als Staatsmänner dann ihrerseits ihr Volk ausbeuteten, verachtete er – in dem ihm oktroyierten Französisch schreibend – nicht weniger als die *Négritude* Léopold Sédar Senghors und jene, welche (wie er selbst) als Kolonisierte gelernt hatten, Racine, Rousseau oder Voltaire zu zitieren. Es bedürfe einer Dekolonisation auch der Köpfe und Körper, man könnte auch sagen: einer Revolutionierung der Seele: „Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei. Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft“ (Fanon 1969, S.8). Die Faszination dieser Radikalität lag für Sartre in der Kälte des Autors gegenüber dem kolonialistischen Europa, weshalb er den europäischen Intellektuellen erklärte, warum sie dieses Buch lesen müssten, nämlich „um euch selbst als Gegenstände zu erkennen“ (Sartre in: Fanon 1969, S.12). Fanons Anklage schließt mit der revolutionären Utopie: „Für Europa, für uns selbst und für die Menschheit, Genossen, müssen wir eine neue Haut schaffen, ein neues Denken entwickeln, einen neuen Menschen auf die Beine stellen“ (Fanon 1969, S.242). In diesem Geist übernahm der fast blinde, existentialistische Philosoph und Starintellektuelle Sartre auch die redaktionelle Verantwortung für den maoistischen „La Cause du Peuple“ – sozusagen als Buße für die Zugehörigkeit zur Kultur der Unterdrückten. Eine derartig ambivalente Gefühlslage, sich durch ein Schuldgefühl zur Radikalisierung gewissermaßen gezwungen zu sehen, spielt in vielen Revolutionen eine Rolle, so auch für manche Akteure der Studentenbewegung, mehr denn noch der RAF.

Gleichwohl blieben die Gesten des Revolutionären im studentischen Protest metaphorisch. Man fand etwa schöne Formeln wie „Phantasie an die Macht“, und vor allem im Kampf um die Sorbonne wurde in der Tradition der das gesamte 19. Jahrhundert durchziehenden französischen Revolutionsereignisse das Bild der Barrikade leitend, welche durch die Abriegelung den Weg in die Zukunft öffnet. Mobilisierende Slogans waren hier etwa: *Un seul week-end non révolutionnaire est infiniment plus sanglant qu'un mois de révolution permanente* [A single nonrevolutionary weekend is infinitely more bloody than a month of permanent revolution] oder den Anachronismus der Revolution in den Zentren des Nordens umkehrend: „*La révolution est incroyable parce que vraie*“ [The revolution is incredible because it is real].

Mochten auch die Streiks in Frankreich und das für einen Augenblick wahrnehmbare Wanken Charles de Gaulles, der Frankreich heimlich verließ, um einen möglichen Einsatz des Militärs gegen die aufständischen Studenten mit General Jacques Massu zu beraten, oder auch die Arbeitsniederlegungen in den Fabriken von Renault und den Turiner Fiat-Werken Bilder einer möglichen Revolution genährt und besonders Italien, aber auch Frankreich, zu Hoffnungsländern der Linken gemacht haben, so wurde der revolutionäre Umsturz für Deutschland doch nirgends ernsthaft diskutiert.

6 Terrorismus als Revolutionsphantasma

Das schien sich (mindestens in der Binnenperspektive) zu ändern, nachdem die Kerngruppe der 1970 gegründeten Roten Armee Fraktion (RAF) in den Untergrund gegangen war und diffuse Revolutionsankündigungen zu einem Diskursgegenstand machten, etwa durch die ein Jahr später erfolgte Ausrufung einer „Stadtguerilla“, die dem Beispiel der von Kuba initiierten Ausweitung der Revolution auf ganz Südamerika folgen sollte – Che Guevara wurde vor dem Hintergrund dieser Radikalisierung dann ja sogar in weiten jugendlichen Kreisen zum Säkularheiligen und Konsumgut. Jedoch blieb eine wirkliche Mobilisierung in den europäischen Ländern aus. Zum Verständnis der damaligen Motivierungen und selbst noch halben Duldungen sei hier an die (Barrington Moore zugeschriebene) These erinnert, wonach es einen *unmittelbaren* Übergang kleiner Gruppen von der Studentenrevolte oder dem durch sie geprägten Milieu in einen mörderischen Terrorismus und das Umfeld von Sympathisanten *nur* in den ehemaligen „Achsenmächten“ gab, also mit der RAF in Deutschland, den *Brigate Rosse* und *Lotta continua* in Italien sowie einer Roten-Armee-Fraktion auch in Japan. Man kann daraus schließen, dass eine Legitimierung der Gegengewalt aus dem Phantasma einer Selbstermächtigung den Verhältnissen gegenüber resultierte, deren Illegitimität darin zu suchen sei, dass in ihnen die Verbrechen verschwiegen oder dramatisiert gesprochen: sogar fortgesetzt würden. So meinten etwa die Aktivistinnen und Aktivisten der RAF, dadurch gerechtfertigt zu sein, dass sie nachträglich vollzogen, was an gewaltsamer Gegenwehr gegen den Faschismus versäumt worden war.

7 Wirksamkeit durch die Nachbeben in der Provinz

Die Frage ist nun, wie die langfristig wirkenden gesellschaftlichen Veränderungen, die (zumindest rückblickend) mit „1968“ in Verbindung gebracht werden, sich in der westdeutschen Gesellschaft durchsetzen konnten, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung – am extremsten in West-Berlin – die so dynamisch vorgetragenen Radikalisierungen ablehnte?

Eine Konfirmierung des jugendlich-akademischen Protestes hat sich dadurch eingestellt, dass den frühen Epizentren der Bewegung, vor allem Berlin und Frankfurt a.M., – besonders nach der Ermordung Benno Ohnesorgs während des Berliner Schah-Besuches im Juni 1967 und nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 – andere Hochschulorte folgten. Schließlich wurden die Konflikte aus den Protestmetropolen bis in die Provinz, von Flensburg bis nach Passau, getragen und häufig „nachgespielt“, lösten Provokationen immer wieder schon bekannte Gegenreaktionen und oft genug auch ein vergleichbares Einlenkenmüssen der Ordnungsmächte aus. In Verbindung mit den ganz unterschiedlichen Themen und Konfliktzonen in diesem „kurzen Sommer mit langer Wirkung“ kulminierten Infragestellungen der hergebrachten Ordnung oder konventioneller Verhaltensweisen unterschiedlicher Herkunft und verbanden sich Schlagworte wie das bereits erwähnte Hamburger Schreckenswort vom ‚tausendjährigen Muff‘ im Bereich der Universitäten oder Parolen wie „Das Private ist politisch“ im Bereich der Kommunen und Wohngemeinschaften, „Mein Bauch gehört mir“ in der Neubestimmung der Geschlechterrollen, „Ein Adolf war genug“ in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, „Hoch mit der internationalen Solidarität“ im antiimperialistischen Kampf, „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ von der Spaßguerilla bis zum Terrorismus (vgl. Gerchow 2008).

Diese gegenseitige Verstärkung und Verknüpfung von Partiellem und Allgemeinem gelang durch den Bruch mit der erwähnten, langewährenden diskursiven Verleugnung der nahen Vergangenheit. Wirkungsvoll verstärkt durch die „sexuelle Revolution“⁴ führten erst die vielen ‚Nachbeben‘ in der Provinz zu einer nachhaltigen Veränderung von Einstellungen und schließlich sogar von Lebensstilen. Dabei war die Studentenbewegung mehr Ausdrucksform als Kausalfaktor für weltweit und innergesellschaftlich sich vollziehende Veränderungen von Machtrelationen – aber auch das machte sie bedeutsam. So entstand der Mythos einer „Generation, die die Welt veränderte“.⁵

Obwohl sich nach der Selbstauflösung des SDS schon im Jahre 1969 in manchen (sich omnipotent fühlenden) K-Gruppen beängstigend autoritäre „Lösungsvorschläge“ für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft herauskristallisierten (vgl. N.N., S.1977) und obwohl sich viele der revolutionären Selbstsuggestionen und Forderungen als unhaltbar und zuweilen naiv erwiesen hatten, waren die Problembeschreibungen sehr oft doch wirklichkeitsnah und produktiv. Das ist zum einen an den vielen unterschiedlichen, beispielsweise feministischen oder ökologischen, Anschlussbewegungen erkennbar. Zum anderen gelang eine baldige Integration vieler zuvor an den Protesten Beteiligter nach der „Willy-Wahl“ im September 1969 mit Brandts Motto „Mehr Demokratie wagen“ (während Sigmar Gabriel (1999, S.3596) nach seiner Wahl zum niedersächsischen Ministerpräsidenten sich lediglich noch vornahm „Mehr Politik“ zu wagen – eine Forderung, die angesichts heutiger „Alternativlosigkeits“-Behauptungen bedauerlich aktuell geblieben ist). Jedoch war der nun die Reformpolitik unterstützende „Marsch durch die Institutionen“ erst unter Gerhard Schröders Regierung wirksam, was Heinz Bude (2018, S.115) als „zweite Chance“ der 68er Generation beschrieben und was Clemens Albrecht (2018, S.67) treffend als „Absorption der Gegner durch politische Partizipation“ benannt hat.

Wie auch immer, inzwischen scheint das Bild einer liberalen und weltoffenen Gesellschaft zum integralen Bestandteil der bundesrepublikanischen Selbstbeschreibung geworden zu sein: So gibt es heute mehr „68er“ als damals. Sichtbar wird das beispielsweise, wenn „Wessis“ in den Neuen Bundesländern den dort seit 1933 in autoritären Systemen gelebt habenden Menschen stolz erklären, dass diese eben „kein 68“ erlebt hätten. Ich pflege darauf zu antworten: „Dafür ‚der Westen‘ aber auch kein „89“.

Der Historiker und Bürgerrechtler Stefan Wolle hat das jüngst auf eine pointierte Formel gebracht: Im Westen habe man die „Revolution“ gefordert und seit der Regierung Willy Brandts Reformen bekommen, im Osten, besonders der CSSR und Polen, habe man hingegen Reformen erreichen wollen und eine Revolution ausgelöst.⁶ Durch einen schnell sich ausbreitenden ‚Dominoeffekt‘ (so könnte man mit einem Begriff sagen, welchen die US-Regierung zur Rechtfertigung des Vietnamkrieges geprägt hatte) kam es zur Auflösung der Sowjetunion und den ihr folgenden nationalen Selbstbefreiungen – auch in der DDR. Und dies war eine „wahrhafte Revolution“, wie der Historiker Charles Tilly (1993, S.336ff.) das in einer vergleichenden Studie über europäische Revolutionen hervorgehoben hat.

Übrigens war es überraschend, dass mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus in den neuen Bundesländern legitimieren wollende Rückgriffe auf diesen Sturz eines Herrschaftssystems allgegenwärtig sind: „Wir waren 1989 auf der Straße und müssen es heute wieder sein“ hörte man bei vielen PEGIDA-

⁴ Die den 68ern zugeschriebene „sexuelle Revolution“ wurde von dem emeritierten Papst Benedikt XVI. als Ursache des sexuellen Missbrauchs durch Priester der katholischen Kirche verantwortlich gemacht; vgl. dessen Schreiben vom 11.4.2019 in: KNA (<https://de.catholicnewsagency.com/story/die-kirche-und-der-skandal-des-sexuellen-missbrauchs-von-papst-benedikt-xvi-4498>).

⁵ Titelgeschichte und Serie der Illustrierten *Stern* Nr. 47/2007.

⁶ Vgl. Stefan Wolle: Rede angesichts der Ausstellung über 1968 in der CSSR in der Sächsischen Akademie der Künste in Dresden am 10. September 2018.

Demonstrationen. Als der einem individualistisch-empirischen Verfahren verpflichtete und zuletzt in Leipzig gelehrt habende Karl-Dieter Opp (1995, S.595–616) beim 27. Kongress der DGS 1995 in Halle prognostizierte, dass man in Ost-Deutschland eine Anknüpfung an diese Proteste erwarten könne, widersprach ich ihm – voreilig, wie sich herausstellte. Ich hatte fälschlich nur an ein linkes Aufbegehren gedacht, während inzwischen unübersehbar ist, dass die Aneignung des damaligen Rufes „Wir sind das Volk“ durchaus auch von ganz anderen politischen Richtungen adaptiert werden kann.

Literatur

- Albrecht, Clemens. 2018. Umziehende Götter. In *Merkur* 72 (September 2018) 832:65–70.
- Beaucamp, Eduard. 1985. *Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine zeitgenössische Erprobung der Geschichte*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Brecht, Bertolt. 1967. Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui. In *Gesammelte Werke*. Bd. 4. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bude, Heinz. 2018. *Adorno für Ruinenkinder. Eine Geschichte von 1968*. München: Hanser.
- Diner, Dan. 1993. *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Eichborn.
- Fanon, Frantz. 1969. *Die Verdammten dieser Erde*. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre [frz. zuerst 1961]. o.O. [Reinbek b. Hamburg].
- Frei, Norbert. 2008. *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München: dtv/Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gabriel, Sigmar. 1999. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. In *Niedersächsischer Landtag. 14. Wahlperiode. Stenografischer Bericht der 38. Sitzung am 15.12.1999*, S.3595–3607.
- Gerchow, Jan. 2008. *Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung*. Hrsg. Andreas Schwab, Beate Schappach und Manuel Gogos [Ausstellung Historisches Museum Frankfurt a.M.]. Frankfurt a. M.
- Habetha, Klaus. 1995. Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. In *Die Rheinischen-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970–1995*. Aachen: Einhard.
- Hodenberg, Christina von. 2018. *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*. München: Beck.
- Hollstein, Walter. 1981. *Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen*, 4., erw. Aufl. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Kocka, Jürgen. 1998. Historiker im Nationalsozialismus. In Sektion "Deutsche Historiker im Nationalsozialismus" beim 42. Deutschen Historikertag in Frankfurt am Main am 10.9.1998.
- Lübbe, Hermann. 2007. *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten*. München: Fink.
- N.N. 1977. *Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen*. Berlin: Rotbuch.
- Opp, Karl-Dieter. 1995. Die Veränderung der Lebensverhältnisse nach der Wende. Anlass für eine neue Revolution? In *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*, Hrsg. Lars Clausen. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Rehberg, Karl-Siegbert. 2002. Der doppelte Ausstieg aus der Geschichte. Thesen zu den „Eigengeschichten“ der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. In *Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen*, Hrsg. Gert Melville und Hans Vorländer, 319–347. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Rehberg, Karl-Siegbert. 2003. „Mitarbeit an einem Weltbild“: Die Leipziger Schule. In *Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie* [Ausstellungskatalog], Hrsg. Eugen Blume und Roland März, 44–59. Berlin: Nationalgalerie.
- Rehberg, Karl-Siegbert. 2009. Künste als Medium der Sichtbarkeit und der Überblendung von Macht: Werner Tübkes „Arbeiterklasse und Intelligenz“ als Exempel. In *Strategien der Visualisierung. Verbildlichung als*

Mittel der politischen Kommunikation, Hrsg. Herfried Münkler und Jens Hacke, 169–191. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Rehberg, Karl-Siegbert. 2018. „1968“ in der Provinz? Die Demokratisierung der RWTH und ein „Geistergespräch“ zwischen Theodor W. Adorno und Arnold Gehlen. In *Flashes of the Future. Die Kunst der 68er oder Die Macht der Ohnmächtigen*, Hrsg. Andreas Beitin und Eckhart Gillen [Katalog der gleichnamigen Ausstellung im Aachener Ludwig Forum für Internationale Kunst 2018], 52–57. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Tilly, Charles. 1993. *Die europäischen Revolutionen* [engl. zuerst 1993]. München: Beck.

Ullrich, Volker. 1998. Späte Reue der Zunft. Endlich arbeiten die deutschen Historiker die braune Vergangenheit ihres Faches auf. *Die Zeit* 17.9.1998.